Dienstag, 7. November 1922. | Einzelnummer 50 Mark. | 61. Jahrgang. Nr. 252.

Bezugspreis monatlich M
in der Geschäftsstelle 700.—
in den Ausgabestellen 750.—
durch Zeitungsboten 800.—
am Postamt .... 880.—
ins Ausland 200 deutsche M.

Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis. f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ..... 40.— M. Reklameteil. 140.— M.

Für Aufträge aus Deutschland { Millimeterzeile im Anzeigenteil 15.— d. M. „ „ Reklameteil 50.— d. M.

Bei höherer Gewalt Betriebsstörung. Arbeitsniederlegung oder Aussperrung. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Senatswahl am 12. November!

Jeder Deutsche in Stadt und Land stimmt für Liste 16.

Die englischen Wahlen und das Ausland.

Für den unbefangenen Beobachter kann es heute keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die eigentliche Ursache des Sturzes des englischen Kabinetts in den Siegen der Türken über das griechische Heer zu suchen ist, so wenig es auch englische Blätter wahr haben wollen. Es erscheint ihnen als nationale Demütigung, daß es der „unspeakable Türk", dessen endgültigen Untergang die britischen Staatsmänner als ein Ergebnis des Krieges bezeichnet hatten, fertig gebracht haben sollte, ihren großen und erfolgreichen Führer nach einer fünfjährigen, fast diktatorischen Herrschaft zur Entsagung zu nötigen. Und doch ist dem so. Der eigentliche Grund liegt aber nicht zum wenigsten in der auffälligen Unkenntnis, die Lloyd George in auswärtigen Verhältnissen auch nach englischem Urteil kennzeichnete. Bonar Law hat ihn dieser Tage als den neben Gladstone bedeutendsten englischen Staatsmann gepriesen.

Gladstone aber war eine Persönlichkeit von unbestrittenem Wissen, fast Gelehrter, während Lloyd George von seinen eigenen Landsleuten oft bespöttelt wurde wegen seiner Oberflächlichkeit gerade auf dem auswärtigen Gebiet. Die Aktion, die er zum Schutze der türkischen Meerengen unternommen hatte, bewies seine diplomatische Unzulänglichkeit. Die Geschichte der Meerengenfrage war ihm fremd und darum auch der Widerstand überraschend, dem seine Haltung begegnete. So mißlang ihm sofort der Versuch, die Franzosen und Italiener in sein Fahrwasser zu ziehen. Als aber diese versagten und Frankreich in geradezu verletzender Art die Heeresfolge im Osten verweigerte, und als gar, ganz gegen seine Erwartung, sich die Sowjetrepublik auf die türkische Seite stellte, da erkannte er, daß er einer hoffnungslosen Niederlage entgegensehe. Denn die Meinung seines Landes sprach sich fast einmütig gegen jede kriegerische Politik an den Meerengen aus und so blieb nichts übrig, als das Steuer anderen Kräften zu übergeben, die den unrühmlichen Rückzug aus der verfahrenen Lage in weniger auffälliger Weise bewerkstelligen konnten. „Er hat den Krieg gewonnen, aber er hat den Frieden verloren", das war das Wort, das ihm einer der angesehensten Politiker, der Leiter des „Observer", nachrief.

Die Form, die zu seinem Sturze gewählt wurde, war die Spaltung der Unionisten. Die Mehrheit der Konservativen, schon lange unzufrieden mit seiner irischen, indischen, ägyptischen, aber auch mit seiner inneren Politik, sprach ihr unverhülltes Mißtrauen in die Zukunft aus. Damit war Lloyd George einer Mehrheit im Parlament nicht mehr sicher, und so schied er aus der Regierung, indem er die unvermeidliche Neuwahl des Unterhauses seinen Gegnern überließ.

Neben den großen äußeren Verwicklungen treten damit auch die Nachteile der Parteizersplitterung in den Vordergrund. Jene glückliche Ausgleichung der inneren Gegensätze durch die abwechselnde Herrschaft zweier großer Parteien besteht auch in England nicht mehr. Sie war schon vor dem Kriege im Schwinden, dann war zwar während der Kriegsnot die Einigkeit in der Landesvertretung hergestellt worden, heute aber teilt sich die Masse der Wähler in wenigstens vier Parteien, von denen wahrscheinlich drei in ziemlich gleicher Stärke im neuen Parlament erscheinen werden. Am unsichersten ist man heute im Inselreich inbetreff der Stärke der Arbeiterpartei, immerhin schätzt man sie in England so groß ein, daß sie bei zahlreichen Anlässen das Zünglein an der Wage bilden kann. Sie hat freilich in letzter Zeit sehr unvorsichtige Äußerungen über das gerade den Engländern so besonders heilige Privateigentum getan und damit zu der Möglichkeit eines neuen Zusammenschlusses der bürgerlichen Parteien beigetragen.

Soweit der Aufmarsch der Wähler bereits erfolgt ist, lassen sich bezüglich der Wirkung der Wahlen auf die äußeren politischen Vorgänge schon jetzt gewisse Folgerungen mutmaßen

Einmütigkeit scheint bei allen Parteien zu bestehen. die Abmachungen, die Lloyd George mit den Iren getroffen hat, zu bestätigen. Damit ist freilich die endgültige Regelung dieser für England so unerfreulichen Frage noch nicht erreicht. Sie bedeutet jedenfalls kein Ende in den inneren Kämpfen der unglücklichen Insel, ja nicht einmal die dauernde Herstellung eines friedlichen Verhältnisses zum Mutterlande.

Weniger einig ist man bezüglich der Haltung, die England in den beiden zur Zeit wichtigsten auswärtigen Fragen: des Orients und der Behandlung der deutschen Dinge beobachten wird. Was die erstere betrifft, so scheint zwar eine gewaltsame, d. h. militärische Austragung für die englische Politik so gut wie ausgeschlossen. Die bei weitem überwiegende Auffassung geht in England dahin, daß die Meerengenfrage für das Weltreich zwar von Bedeutung, aber keine Lebensfrage ist. Bei einem griechischen Siege wäre es vielleicht der englischen Politik geglückt, auf dem Wege über Griechenland eine ausschlaggebende Rolle am Goldenen Horn zu spielen. Heute wird man an der Themse froh sein, wenn auch nur halbe Zugeständnisse, darunter eine formale Feststellung der Freiheit der Meerengen, zu erreichen sein würden, die allen Mächten gleiche Rechte zusichert. Die erhoffte englische Vormachtstellung in jenen Wässern ist auf den kleinasiatischen Schlachtfeldern verloren gegangen. Man wird in Downing Street sehr zufrieden sein, wenn es irgendwie gelingt, über den russischen Widerspruch hinwegzukommen. Zunächst liegt die Gefahr vor, daß die slawische Republik ihre Beteiligung an jeder Regelung verlangen wird, die das orientalische Problem betrifft. Wird diese Forderung in der bisherigen Weise verweigert, so wird eine dunkle Wolke zurückbleiben, deren Entladung jederzeit zu befürchten ist. Die Austragung dieser schwierigen Gegensätze bleibt vorerst zweifelhaft, doch scheint heute schon soviel sicher, daß England in dieser Frage zu weitem Entgegenkommen bereit ist, hat es sich doch bereits in seinem Abkommen von 1916 Rußland gegenüber zu einem völligen, freilich heute bereuten Verzicht herbeigelassen. Englands Interessen in Asien zwingen das Land mit den beiden, jetzt gemeinsam handelnden Völkern, Türken und Russen, zu einer Verständigung zu gelangen, möge sie auch nur einen papiernen Wert haben. Tatsächlich wird im Notfall immer das Volk dort die Entscheidung haben, das am schnellsten in der Lage ist, die Meeresstraße zu beherrschen.

Von ernstester Bedeutung ist natürlich die Frage, wie die Ersetzung Lloyd Georges durch einen konservativen Nachfolger auf die Behandlung wirken wird, die Deutschland in nächster Zeit von der Entente zu erwarten hat. Die allgemeine Meinung ist die, daß ein Kabinett Bonar Law seinem Charakter nach noch mehr als sein Vorgänger geneigt sein dürfte, ein enges Verhältnis zu Frankreich aufrecht zu erhalten. Kennzeichnend ist dafür die Zuziehung Lloyd Derbys als Kriegsminister, der noch vor einem halben Jahre die Notwendigkeit der Erhaltung Deutschlands bestritten hat. Lloyd George ist immerhin dem Vernichtungswillen Frankreichs wiederholt entgegengetreten, doch dürfte nicht vergessen werden, daß seine Nachgiebigkeit wiederholt sehr folgenreich gewesen ist. Die Regelung der oberschlesischen Frage und die Besetzung der rechtsrheinischen Orte, ebenso wie das rechtlose Verfahren der Franzosen in den besetzten Gebieten haben sich mit der, wenn auch widerwilligen Zustimmung Lloyd Georges vollzogen. Inzwischen hat man aber in England den Fehler dieser Politik, die die französische Vormachtstellung auf dem Festlande und zwar auch auf Kosten Englands förderte, allgemein erkannt, und so lassen sich in den programmatischen Erklärungen des neuen Kabinettsleiters Versicherungen finden, die den Wechsel in der englischen Leitung für Deutschland nicht gerade bedauerlich erscheinen lassen. Natürlich darf in London keine Gefühlspolitik Deutschland gegenüber erwartet werden. Alle englischen Parteien stehen auch heute noch auf dem Standpunkt, daß Deutschland nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit „erfüllen" soll, wobei nur bezüglich des Maßes Unterschiede, freilich recht große, bestehen.

*

Bonar Laws Programm.

Bonar Law hielt vor einer Frauenversammlung eine Rede, in der er u. a. ausführte: Die wahre Ursache des Zusammenbruchs der Koalition sei darin zu suchen, daß das englische Volk allgemein der Ansicht sei, daß man unter Lloyd Georges Herrschaft nicht wußte, wo man heute stand, und nicht sagen konnte, daß neue und jüngere Männer in der Regierung die Arbeit nicht ebenso wirksam leisten würden wie unter der Herrschaft Lloyd Georges. Lloyd George sei ein Mann von riesenhafter Energie. Jede große Frage, die auftauchte, habe er in Angriff zu nehmen versucht. Dies sei nicht seine, Bonar Laws, Art, ein wichtiges Amt auszufüllen. Er wolle es ausfüllen wie der Kaufmann an der Spitze eines Geschäfts, der die Arbeit andern überläßt und nur allgemein die Aufsicht führt. Dies sei der Wechsel, den er beabsichtige. Die Beziehungen zu Frankreich müßten der Grundton der britischen Außenpolitik sein. In der inneren Politik sei die Hauptsache, die Ausgaben zu vermindern.

Der Wahlkampf in England.

London, 6. November. Nachdem jetzt in allen Teilen des Landes die Parlamentskandidaten für die allgemeinen Wahlen am 15. November genannt sind ergibt sich, daß etwa 54 Kandidaten ohne Gegner in das Unterhaus zurückkehren werden. Die meisten davon sind Unionisten. In einigen Orten, und namentlich in den Wahlkreisen von Manchester, wo der Manchester Guardian seinen Einfluß in dieser Richtung aufgeboten hat, fand eine Wiedervereinigung zwischen Unabhängigen-Liberalen und Lloyd George-Liberalen statt. Beide Parteiflügel stimmen für den Unabhängigen-Liberalen Lord Grey.

Schwere Niederlage der englischen Arbeiterpartei bei den Gemeindewahlen.

Die neuesten Meldungen über die Ergebnisse der Gemeindewahlen zeigen, daß die Arbeiterpartei in London eine schwere Niederlage erlitten hat. Auch in anderen Teilen des Landes hatte sie schwere Verluste.

Republik Polen.

Ueberfälle auf Redakteure und Zeitungslokale in Warschau.

Die „Rzeczpospolita" meldet, daß einer ihrer Redakteure, Adolf Nowaczyński, als er am vorigen Donnerstag abend gegen 7 Uhr 15 Min. mit seiner Gemahlin nach Hause zurückkehrte, an der dunkelsten Stelle der ul. Złota plötzlich von einigen Burschen umzingelt wurde. Einer von ihnen schlug Nowaczyński mit einem scharfen Gegenstand gegen die Augen. Nowaczyński blutete und war, da seine Augengläser zerschlagen und ein Auge verletzt war, machtlos, da er nichts sah. Die Angreifer machten sich weiter an ihn heran, aber Frau Nowaczyńska wehrte mit der Hand und dem Schirm, den der neue Schlag zerbrach, ab. Die „Rzeczpospolita" nimmt an, daß dieser Überfall politischen Hintergrund hat. Unzweifelhaft politischen Hintergrund hat der Überfall auf die Redaktion des „Kurjer Poranny", dessen Einzelheiten wir weiter unten angeben. Das ist ein neues Symptom der Verwilderung, zu denen die in ihren Mitteln nicht wählerische Wahlagitation geführt hat.

Donnerstags nachts sind gegen 20 junge Leute, darunter auch Studenten, in Korporationsmützen in die Räumlichkeiten der Redaktion des „Kurjer Poranny" in der ul. Marszałkowska Nr. 148 eingefallen. In der Redaktion befand sich zu der Zeit nur ein Mitarbeiter und der Amtsdiener. Die Angreifer, die mit Stöcken, Steinen und Eisenstücken bewaffnet waren, zerschlugen die Scheiben in der Administration, zwei große Schaufenster und warfen Tische, Stühle, Papiere usw. durcheinander. Dann fielen die Stockhelden in das Sekretariat der Redaktion ein, zerschlugen dort das Telephon, und warfen mit einem Stein auf den am Schreibtisch sitzenden Mitarbeiter, trafen ihn jedoch glücklicherweise nicht. Dann löschten sie das Licht aus und verschwanden. Inzwischen hatten sich vor der Redaktion Passanten angesammelt. Sie verurteilten in scharfen Worten den Überfall. Einer der Flüchtlinge, ein Student, schlug einem gewissen Herrn Z. Die Passanten warfen sich auf den Studenten, mißhandelten ihn und gaben ihn dann in die Hände der herbeigeeilten Polizei, die auf ihrer Verfolgung noch einige Angreifer festnahm.

Maßnahmen zur Verhütung der Ueberfälle.

Warschau, 3. November. Der Innenminister hat an alle Wojewoden, den Regierungsdelegierten in Wilna und den Regierungskommissar für die Stadt Warschau ein Rundschreiben folgenden Inhalts versandt: In den letzten Tagen haben sich auf dem Boden des Wahlkampfs einige Überfälle auf Redaktionen und Druckereien ereignet, die von politischen Gegnern verübt worden sind, um das Drucken von Aufrufen bzw. das Erscheinen der Blätter zu verhindern. Um dieses unzulässige Mittel der Bekämpfung der politischen Gegner, das sowohl die Freiheit der Wahlagitation als auch die öffentliche Ordnung stört, zu verhindern, mache ich auf die zwecks Sicherung der Ruhe und Ordnung in den Wahlbezirken herausgegebenen Bestimmungen von neuem aufmerksam und gebe den Auftrag, anzuordnen, daß die Polizeiwachthabenden im Gebiet, wo sich Redaktionen, Druckereien oder Wahlbureaus politischer Parteien befinden, bis zur Beendigung der Wahlen darauf zu achten haben, daß die genannten Lokale keinen Übergriffen ausgesetzt werden. Nach Maßgabe der Notwendigkeit wird empfohlen, die Polizeiposten zu verstärken.

Bildung von Inspektoraten der polnischen Auslandsvertretungen.

Warschau, 4. November. Wie der „Przegląd Wieczorny" zu berichten weiß, hat das Außenministerium die Bildung von Inspektoraten, denen eine strenge administrielle und finanzielle Kontrolle über die Tätigkeit der polnischen Auslandsposten obliegen soll, in Angriff genommen. Bisher sind 3 Inspektorate gebildet worden. Der Bereich des 1. Inspektorats mit dem Sitz in Hamburg ist Deutschland, Skandinavien, die baltischen Länder, Holland, Belgien und die Schweiz. Der Sitz des 2. Inspektorats ist Paris. Seiner Kontrolle unterliegen: Frankreich, Italien, England, Spanien und Portugal. Das 3. Inspektorat, als dessen Sitz Belgrad bestimmt wurde, hat Südslawien, die Tschechoslowakei, Rumänien, Bulgarien, die Türkei, Griechenland und den nahen Osten zu kontrollieren. Geplant ist auch die Bildung eines Inspektorats für Amerika mit dem Sitz in Newyork sowie für den fernen Osten mit dem Sitz in Moskau. Inspektor für das erste Inspektorat ist St. Srokowski, für das zweite A. Wysocki, für das dritte Dr. K. Rościszewski.

Die Goldanleihe.

Warschau, 4. November. Das Finanzministerium teilt mit, daß durch Verfügung des Finanzministers vom 6. d. Mts. der Emissionspreis der Obligationen der diesjährigen 8%igen staatlichen Goldanleihe geändert wird. Als Berechnungsgrundlage wurde der polnische Gulden (Złoty) zu 1600 M bestimmt, was für Obligationen zu 10000 M und 10 Gulden 26000 M, für Obligationen zu 50000 M und 50 Gulden 130000 M ausmacht.

Die polnische Landesdarlehenskasse wird, um den Käufern der 8%igen staatlichen Goldanleihe vom Jahre 1922 die Verwahrung der Obligationen zu erleichtern, diese in ihren Zweigstellen ohne Entschädigung bis auf Widerruf zur Deponierung annehmen. Der polnische Gulden (Złoty) wird beim Kauf der Anleihe vom 6. d. Mts. an mit 1600 M berechnet werden.

Polen auf der internationalen Arbeitskonferenz.

Warschau, 3. November. Auf der gegenwärtigen vierten internationalen Arbeitskonferenz ist Polen mit 40 von 49 Stimmen auf weitere drei Jahre in den Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsbureaus gewählt worden. Der Vertreter Polens in diesem Rate wird Franciszek Sokal sein. Zugleich mit Polen ist auch Finnland in den Verwaltungsrat gewählt worden. Der Delegierte Finnlands hat bei der Mitteilung der Wahl an die Regierung betont, daß der Erfolg Finnlands in hohem Maße der wirksamen Unterstützung Polens zu verdanken sei.

Die Wahlergebnisse siehe Seite 2.

Die Wahlen zum Sejm.

Die bis jetzt bekannt gewordenen Ergebnisse der Wahlen am Sonntag, dem 5. November, sind:

Stadt Posen: Von 96 000 Wahlberechtigten nahmen 81 571 an der Wahl teil. Davon gaben 61 952 ihre Stimme für die Liste 8 (Nationaldemokratie), 13 621 für die Liste 7 (Nationale Arbeiterpartei), 3875 für Liste 2 (poln. Sozialisten), 1728 für Liste 5 (Kommunisten), 1389 für Liste 14 (Stadtbürgerpartei) und 6 Stimmen für die Liste 16 (Block der nationalen Minderheiten).

Einzelmeldungen aus der Wojewodschaft Posen.

Bromberg (Ergebnis aus 3 Bezirken): 1306 Stimmen für Liste 8. 501 für Liste 16. 464 für Liste 7.

Bromberg.-Strelno: 1469 Stimmen für Liste 8; 524 für Liste 7; 154 für Liste 16; 4 für Liste 14.

Wreschen-Stadt: 1665 Stimmen für Liste 8; 980 für Liste 7; 133 für Liste 16; 17 für Liste 1.

Rogasen: 1470 Stimmen für Liste 8; 503 für Liste 7; 338 für Liste 16.

Kolmar: 981 Stimmen für Liste 7; 814 für Liste 8; 673 für Liste 16.

Kolmar-Land: 6387 Stimmen für Liste 16; 5000 für Liste 8; 3597 für Liste 7; 68 für Liste 1.

Czarnikau (Stadt und Land): 5239 Stimmen für Liste 8; 2553 für Liste 7; 1755 für Liste 16; 272 für Liste 1; 1 für Liste 14.

Filehne: 492 Stimmen für Liste 8; 279 für Liste 7; 215 für Liste 16.

Margonin: 496 Stimmen für Liste 8; 181 für Liste 16; 107 für Liste 7.

Samotschin: 348 Stimmen für Liste 16; 169 für Liste 8; 89 für Liste 7.

Usch: 410 Stimmen für Liste 8; 243 für Liste 16; 160 für Liste 7.

Budzin: 388 Stimmen für Liste 8; 216 für Liste 16; 203 für Liste 7.

Dratzig: 778 Stimmen für Liste 8; 32 für Liste 7; 29 für Liste 16.

Gnesen: 7299 Stimmen für Liste 8; 3068 für Liste 7; 876 für Liste 16; 241 für Liste 2; 192 für Liste 14; 179 für Liste 5; 2 für Liste 1.

Koschmin: 1168 Stimmen für Liste 8; 617 für Liste 7; 149 für Liste 14.

Krotoschin-Stadt: 2330 Stimmen für Liste 8; 1597 für Liste 7; 305 für Liste 16; 259 für Liste 14.

Lissa-Stadt: 3927 Stimmen für Liste 8; 1391 für Liste 7; 966 für Liste 16; 29 für Liste 14; 2 für Liste 2.

Lissa-Kreis: 12 879 Stimmen für Liste 8; 5309 für Liste 16; 4539 für Liste 7; 29 für Liste 14; 3 für Liste 2.

Rawitsch (Stadt und Land): 6861 Stimmen für Liste 8; 6242 für Liste 7; 3552 für Liste 16; 3148 für Liste 1; 153 für Liste 14.

Schroda-Stadt: 2237 Stimmen für Liste 8; 757 für Liste 7; 78 für Liste 16; 1 Stimme für Liste 14.

Schroda-Kreis: 4419 Stimmen für Liste 8; 3414 für Liste 7; 1278 für Liste 16.

Kostschin: 689 Stimmen für Liste 8; 397 für Liste 7; 62 für Liste 16; 7 für Liste 14.

Santomischel: 391 Stimmen für Liste 8; 65 für Liste 7; 49 für Liste 2; 25 für Liste 16; 2 für Liste 1.

Wongrowitz-Stadt: 2091 Stimmen für Liste 8; 588 für Liste 7; 187 für Liste 16; 7 für Liste 14.

Schmiegel: 10 980 Stimmen für Liste 8; 2685 für Liste 7; 1484 für Liste 16; 456 für Liste 1.

Ostrowo: 4939 für Liste 8; 1430 für Liste 7; 391 für Liste 2; 186 für Liste 16; 38 für Liste 14; 5 für Liste 1.

Pleschen: 2138 Stimmen für Liste 8; 693 für Liste 7; 138 für Liste 14; 68 für Liste 1.

Nakel: 1548 Stimmen für Liste 8; 1090 für Liste 7; 365 für Liste 16; 106 für Liste 1; 11 für Liste 14.

Thorn: In der Stadt Thorn 11 374 Stimmen für Liste 8 3011 für Liste 7, 1581 für Liste 16, 102 für Liste 14, 27 für Liste 1. — In Briesen 1481 Stimmen für Liste 8, 292 für Liste 7, 287 für Liste 16. — In Schwetz: 1458 für Liste 8, 474 für Liste 7. 368 für Liste 16.

Graudenz: 5949 Stimmen für Liste 8. 3562 für Liste 7, 2034 für Liste 16, 519 für Liste 2, 392 für Liste 14, 36 für Liste 5.

Konitz: 1589 Stimmen für Liste 8, 1080 für Liste 16, 642 für Liste 7, 131 für Liste 2. 81 für Liste 14. 18 für Liste 5.

Halbinsel Hela: 868 Stimmen für Liste 8, 229 für Liste 16, 9 für Liste 1, 2 für Liste 7.

Die Wahlen im Teschener Gebiet.

Teschen-Stadt: abgegeben wurden 3763 Stimmen: 1897 Stimmen für Liste 16; 1186 für Liste 8; 339 für Liste 2; 283 für Liste 1 (Polnische Volkspartei); 51 für Liste 7; 7 für Liste 5.

Teschen-Kreis: 585 Stimmen für Liste 8; 38 für Liste 1; 2 für Liste 2.

Ustroń: 364 Stimmen Liste 1; 334 für Liste 2; 318 für Liste 8; 102 für Liste 16; 3 für Liste 5.

Skoczów: 626 Stimmen für Liste 8; 586 für Liste 16; 57 für Liste 2; 22 für Liste 1; 5 für Liste 5; 3 für Liste 7.

Bielitz: 4785 Stimmen für Liste 16; 1146 für Liste 2; 773 für Liste 8; 49 für Liste 7; 17 für Liste 5; 7 für Liste 1.

Wojewodschaft Schlesien.

Neunte Sitzung des oberschlesischen Sejms.

Kattowitz, 5. November. Die neunte Sitzung des oberschlesischen Sejm wurde um 4 Uhr nachmittags eröffnet. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte der Marschall mit, daß eine

Delegation der Belegschaftsräte

der benachbarten Gruben im Sejmgebäude eingetroffen sei. Der Redner verurteilte in scharfen Worten die Ankunft der Delegation, das Eindringen der Delegierten in die Sitzung der Parteien und die Forderung von Aufklärung über ihre Anträge und betonte, daß er jeden, der den Frieden im Sejm stören und in irgendeiner Weise einen Druck auf die Abgeordneten ausüben sollte, rücksichtslos aus dem Sejmgebäude entfernen lassen und der Polizei übergeben werde. Danach verlas der Marschall die Tagesordnung, die auf Antrag des Abg. Biniszkiewicz eine Änderung erfuhr, die darin bestand, daß an die erste Stelle der Tagesordnung die Frage der Kredite für die schlesische Wojewodschaft, an die zweite Stelle die Zuteilung von 100000 Waggons mit Kohle an die schlesische Einkaufszentrale gesetzt wurde. Abg. Rakowski referierte dann über den

Kredit für die Wojewodschaft.

Der Redner betonte, daß die Regierung dem Haushaltsausschuß einen Antrag über die Aufnahme einer Anleihe in der Polnischen Landesdarlehnskasse in Höhe von 3 Milliarden Mark unterbreitet habe. Das schlesische Wojewodschaftsgesetz über die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu billigeren Preisen hat Ausgaben zur Folge, die nicht gedeckt werden können. Der Berichterstatter stellt folgenden Antrag: Zwecks Beseitigung des Fehlbetrags durch Abtretung von Mehl und Zucker zu Preisen, die niedriger sind als der Preis des eigenen Einkaufs, an die Bevölkerung wird die Wojewodschaft ermächtigt, im Staatsschatz eine Anleihe von 3 Milliarden Mark aufzunehmen, deren Sicherung in den Einkünften der schlesischen Wojewodschaft besteht und die im Laufe eines halben Jahres zurückzuerstatten ist. Darauf wurde die Frage der Ermächtigung der Wojewodschaft zur Erhöhung der Preise für Mehl und Zucker besprochen. Der Berichterstatter beantragt, daß das Gesetz schon vom 15. November gültig sein soll. Der obige Antrag wird in allen drei Lesungen angenommen. Dann kam die Zuteilung von 100000 Waggons mit Kohle für die schlesische Einkaufszentrale zur Sprache. Abg. Rakowski erklärt als Berichterstatter im Ausschuß, daß der Ausschuß in dieser Angelegenheit beschlossen hat, eine Anleihe von 60 Millionen Mark unter günstigen Bedingungen aufzunehmen. Darauf gelangte der Antrag, die schlesische Wojewodschaft solle den Vorbehalt machen, daß die der schlesischen Einkaufszentrale zugebilligten 100 000 Waggons mit Kohle für den Umtausch in Lebensmitteln, teilweise für die Erwerbung fremder Valuten, die nötig sind, um eine Verbilligung der Lebensmittel zu bewirken, sowie täglicher Bedarfsartikel dienen sollen, zur Sprache. Da im Laufe der Diskussion beschlossen wurde, daß der Sejm zu einem derartigen Beschluß nicht ermächtigt ist, wurde der Antrag in Form einer Resolution angenommen.

Zu dem darauf folgenden

Referat des Finanzhaushaltsausschusses

über die Gehälter der Wojewodschaftsbeamten ergriffen die Abgg. Stefanik, Biniszkiewicz und Brzóska das Wort. Der Antrag des Ausschusses wurde in zweiter und dritter Lesung angenommen. Nach Annahme des Antrages brachte der Abg. Biniszkiewicz eine Resolution ein, in der gefordert wird, festzustellen, ob nicht einige Beamte doppelte Gehälter bezogen haben. Der Marschall Wolny verlas darauf noch einige Dringlichkeitsanträge. Dann ging man zur Besprechung des Antrages über die Änderung der Kohlensteuer über. Der Entwurf dieses Gesetzes ist vom Ausschuß erörtert worden. Dieser ersucht gegenwärtig den Sejm, der Wojewodschaft die Einziehung der rückständigen Steuern, mit denen die Kohlenproduzenten in Schlesien seit zwei Jahren im Rückstande sind, aufzutragen. Der Sejm faßte eine Entschließung, die zur schnellen und völligen Einziehung dieser Rückstände unter Anwendung sämtlicher Zwangsgesetze auffordert. Nach Annahme dieser Entschließung wurde ein Antrag angenommen, der dahin lautet, daß die Wojewodschaft dem Sejm das Budget spätestens bis zum 8. November vorlegen soll. Zum Schluß beantragte Abg. Grajek, daß die Regierung die Arbeitgeber zu neuen Verhandlungen über die Erhöhung der Löhne auffordern soll. Der Antrag wurde angenommen. Marschall Wolny schloß darauf die Sitzung.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, dem 7. d. Mts., statt.

Deutschland und die Entente.

Letzte Redaktion der deutschen Vorschläge.

Das deutsche Reichskabinett trat am Sonnabend zu einer Sitzung zusammen, in der ein Entwurf der der Reparationskommission zu überreichenden konkreten Vorschläge besprochen wurde. Der Entwurf wurde sodann einer Redaktionskommission zur Feststellung des endgültigen Wortlautes überwiesen. In einer Abendsitzung genehmigte das Reichskabinett dann die überarbeitete Fassung.

Paris ist unzufrieden.

Den Pariser Blättern wird aus Berlin telegraphiert, daß die Reichsregierung bisher nicht das erforderliche Entgegenkommen gezeigt habe, um eine Verständigung zu ermöglichen. Die französischen Zeitungen beschuldigen die deutsche Schwerindustrie, die Verhandlungen stören zu wollen, und bezeichnen den anhaltenden Marksturz als ein zu diesem Zweck unternommenes Manöver. Die nationalistischen Blätter äußern die Hoffnung, daß die Berliner Verhandlungen scheitern und mit oder ohne England energische Maßnahmen gegen Deutschland getroffen werden. — Tardieu richtet im „Echo nationale" einen scharfen Angriff gegen Barthou, dem er insbesondere vorwirft, daß er der Reichsregierung gleich von vornherein versprochen habe, die deutsche Souveränität in keiner Weise anzutasten. Tardieu gibt zu, daß diese Haltung dem Friedensvertrage entspricht, bemerkt aber, daß sie nicht mehr berechtigt sei, nachdem so viele Bestimmungen des Friedensvertrages unausgeführt geblieben seien.

Die Reparationskommission ist peinlich berührt.

Havas meldet aus Berlin, das Fehlen konkreter Vorschläge der Reichsregierung für die Herstellung des Budgetausgleiches habe auf die Mitglieder der Reparationskommission einen peinlichen Eindruck gemacht. Barthou habe die Reichsregierung in höflicher Form von diesem Eindruck in Kenntnis gesetzt. Die vollständige Einigkeit unter den Mitgliedern der Reparationskommission sei bei dieser Gelegenheit aufs neue in Erscheinung getreten.

Drohungen.

Millet führt im „Paris midi" aus, das von Hermes vorgebrachte Programm sei denn doch etwas zu naiv. Deutschland scheine immer noch zu hoffen, daß es Frankreich in der Reparationsfrage isolieren könne. Man solle in Berlin nicht vergessen, daß Frankreich immer noch stark genug sei, Deutschland seine Umtriebe gehörig heimzuzahlen, selbst dann, wenn die Isolierung Frankreichs überhaupt gelingen sollte. Viele Franzosen hofften noch, daß die Reparationsfrage ohne Zwangsaktionen gelöst werden könne, Deutschland scheine jedoch im Begriff zu sein, solche Aktionen unvermeidlich zu machen.

Bradbury fordert drastische Maßnahmen.

Sir John Bradbury hat sich einem Vertreter der „Chicago Tribune" in Berlin über die augenblicklich geführten Verhandlungen mit der deutschen Regierung dahin geäußert: Wir haben in Berlin gefunden, daß der Kanzler und der Finanzminister bereit sind, alle Anstrengungen zu machen, um dem Wiederherstellungsausschuß einen Einblick in die wirkliche Lage Deutschlands zu geben. Wir brauchen diesen Einblick sehr dringend, denn es scheint mir, als könnte das deutsche Budget nur durch drastische Maßnahmen in das Gleichgewicht gebracht werden. Diese Maßnahmen sollen wir suchen und die Verantwortung zwischen dem Wiederherstellungsausschuß und der deutschen Regierung teilen.

Die Genfer Arbeitskonferenz.

Genf, 6. November. In der Freitagssitzung der Genfer internationalen Arbeitskonferenz kam es zu einem aufsehenerregenden Zwischenfall infolge der energischen Forderung der deutschen Delegierten, daß die deutsche Sprache in den Verhandlungen zugelassen würde. Diese Forderung, zu der der französische Delegierte Jouhaux im Namen der Konferenz Stellung genommen hatte, war von diesem abgelehnt worden. In der öffentlichen Sitzung griff der Schweizer Delegierte Churon die Forderung noch einmal auf, ohne jedoch einen andern Erfolg zu erzielen, als daß die Beschlußkommission der Konferenz an das internationale Arbeitsamt die Aufforderung richtete, die finanziellen Folgen der eventuellen Zulassung einer neuen Verhandlungssprache zu zitieren. Darauf erhob sich in der Nachmittagssitzung der deutsche Vertreter Wissel zu einer Protesterklärung, in der er mit großer Energie darlegte, welche Ungerechtigkeit es wäre, Millionen deutscher Arbeiter von den Verhandlungen auszuschließen, weil man sie nicht in ihrer Sprache reden lassen wolle. Er schloß mit der Erklärung, daß das gefallene Deutschland seine Hoffnungen auf die Zukunft nicht aufgäbe und daß es sich wieder zu erheben wisse. Nach diesen Worten verließ die gesamte deutsche Delegation den Saal.

Italien.

Mussolinis Lebenslauf.

Der neue Ministerpräsident, der im 48. Lebensjahre steht, ist der Sohn einer armen Arbeiterfamilie in der Romagna. Er besuchte zuerst die Normalschule, wurde später Mitglied der sozialistischen Partei und mußte dann nach der Schweiz fliehen, wo er einige Jahre im Exil verbrachte. Später kehrte er nach Italien zurück und trat in die Redaktion des „Avanti" in Mailand ein. Er wurde bald Chefredakteur dieses Blattes und einer der angesehendsten Führer des radikalen Sozialismus. Er trug dazu bei, die Reformisten und alle zur Freimaurerei gehörenden Sozialisten aus der Partei zu vertreiben, da er den Standpunkt vertrat, daß keine Geheimgesellschaft in ihr vertreten sein dürfe. Als der Weltkrieg ausbrach, erklärte Mussolini, der bis dahin Internationalist gewesen war, daß die Internationale erloschen sei, und daß es Pflicht des Sozialismus sei, sich zum nationalen Gedanken zu bekehren. Er verließ den „Avanti" und begründete das „Popolo d'Italia", in dem er alsbald eine heftige Kriegspropaganda entfaltete. Später kam er als Kriegsfreiwilliger an die Front und wurde schwer verwundet. Nach Mailand zurückgekehrt, setzte er seine nationalistische Propaganda fort. Der Friedensvertrag wurde unterschrieben, zu gleicher Zeit aber stieg die gewaltige sozialistische Welle im politischen Leben Italiens empor, die zur Entsendung von fast 160 sozialistischen Abgeordneten ins Parlament führte, während gleichzeitig die extremen Sozialisten sich um die Einführung des Bolschewismus in Italien bemühten. Damals begann Mussolini, mit Hilfe seines Blattes, die ersten Gruppen faszistischer Kriegsteilnehmer zu gründen. Dank der innerpolitischen Entwicklung der Dinge nahm die Zahl der Anhänger des Faszismus in fast unglaublichem Umfange zu. Nach der Fabrikbesetzung durch die bolschewistischen Arbeiter und den furchtbaren Bombenattentat gegen das Rathaus von Bologna bereitete sich der Faszismus über das ganze Land aus, indem er zugleich eine scharf agressive Stellung gegen den Kommunismus einnahm.

Sforzas Antwort an Mussolini.

Graf Sforza hat auf die Zurechtweisung Mussolinis telegraphiert, er habe geglaubt, mit seiner Demission einen Akt der Rücksichtnahme gegenüber der neuen Regierung zu begehen, um ihr ihre Aufgabe zu erleichtern. Er bestehe auf seiner Demission, da er nicht eine Regierung vertreten könne, deren Ansichten er nicht teile. Er sei aber bereit, sein Amt bis zur Beendigung der Lausanner Konferenz beizubehalten und Italien auf ihr zu vertreten, falls sich eine Uebereinstimmung der Richtlinie erzielen lasse. Mussolini ersuchte Sforza darauf kurz, sofort nach Rom zu kommen.

Avezzano Botschafter in Washington.

Der angeblich bereits zum Botschafter in Berlin ernannte Baron Avezzano ist, wie das Mailänder Abendblatt „Sera" meldet, von Mussolini zum Botschafter in Washington ernannt worden. In Berlin verbleibt bis auf weiteres der bisherige Botschafter Frassati. — Senator Albertini, hat nach der Turiner „Stampa" die ihm von Mussolini angebotene Ernennung zum Botschafter in Washington abgelehnt. Diese Ablehnung würde sehr charakteristisch sein für den geringen Glauben, den man in politischen Kreisen in bezug auf die Beständigkeit des gegenwärtigen Regimes hegt. Der liberale Senator hat sich von der Leitung des „Corriere" mehr und mehr zurückgezogen und ist nach Rom übersiedelt, um sich der aktiven Politik zuzuwenden. Er hat zwar die Art streng verurteilt, wie der Faszismus zur Macht gelangt ist, er hätte aber den Posten schwerlich ausgeschlagen, wenn er in den Bestand der Regierung Mussolinis mehr Vertrauen hätte.

Befriedigung im Vatikan.

Im Vatikan äußert man seine Befriedigung über den politischen Umschwung. Man hatte ernste Besorgnis wegen der für das Land gefährlichen Richtung der früheren Regierung. Der Vatikan habe das trotz seiner selbstverständlichen Neutralität niemals verhehlt. Man erinnert sich auch an die Worte, die Mussolini kürzlich in der Kammer über die Rolle des Papstes gesagt hat und die von seinem tiefen Verständnis für die katholische Idee Zeugnis ablegten. Der Papst sei befriedigt, daß die besten Kräfte des Landes zur Regierung herangezogen würden.

Mussolini und Südslawien.

Mussolini empfing den südslawischen Gesandten in Rom, dem gegenüber er in längerer Unterredung erklärte, daß Italien nach wie vor die freundschaftlichsten Gefühle für Südslawien hege und die gleiche Gesinnung auch von Südslawien erhoffe. Mussolini wies den Gesandten auch auf die Ansammlung südslawischer Truppen und Banden an der Grenze von Zara hin und ersuchte ihn, für deren baldigste Zurückziehung Sorge zu tragen.

Faszistischer Ueberfall auf die russische Handelsvertretung in Rom.

Nach einer Meldung der russischen Telegraphen-Agentur hat der russische Vertreter in Italien eine Note an die italienische Regierung gerichtet. Er weist darauf hin, daß am Mittwoch eine Gruppe bewaffneter Faszisten in die Räume der russischen Handelsvertretung in Rom eindrang, die Auslieferung verschiedener diplomatischer Kuriere forderten und auf einen von ihnen mehrere Schüsse abgaben. Polizei sei nicht anwesend gewesen. In der Note wird nicht nur die gerichtliche Verfolgung der an dem Ueberfall Beteiligten verlangt, sondern auch gefordert, daß jene Beamte zur Verantwortung gezogen werden, die aus Nachlässigkeit oder anderen Gründen die Verletzung der Immunität der Diensträume zugelassen hätten.

Beginnende Opposition gegen den Faszismus.

Ein Zeichen für das Erwachen des Widerstandes gegen die faszistische Regierung ist ein Aufruf, den die Leitung der republikanischen Partei erläßt und in dem es u. a. heißt: „Faszisten und Populari! Nationalisten und Pseudo-Demokraten! Mussolini und Gabazoni! Federzoni und Carnazzi! Das ist die Regierung, die das neue Italien von Vittorio Veneto hervorgebracht hat. Nein, Italien hat keine Regierung, es hat eine Diktatur der herrschenden Klassen, die das Volk verdrängen und an seinem Aufstieg verhindern will. Italien hat keinen neuen politischen Willen und keine neue Verwaltungsorganisation, die dem Bedürfnis des ganzen Volkes zu entsprechen vermöchte."

Waffenstillstandsfeier am 11. November.

Rom 5. November. (Tel.-U.) Der Ministerrat beschloß auf auf Vorschlag Mussolinis, am 11. November, an dem Waffenstillstandstage, eine Kundgebung an das Volk zu richten. In der Kirche Sancta Maria wird in Gegenwart des Königs und hoher Würdenträger ein Gottesdienst stattfinden.

Danziger Kurse vom 6. November.

Die polnische Mark in Danzig 39½
Der Dollar in Danzig.... 6200
Tendenz: fest.

Die neue Türkei.

Wie schon gemeldet wurde, beschloß die Nationalversammlung am .. November nach einer Ansprache Kemal Paschas einstimmig den „Sturz des ottomanischen Reiches“, womit das Sultan-Regiment in Konstantinopel gemeint war. Die Entscheidung wurde stürmisch begrüßt. Die Versammlung wird den neuen Kalifen aus der osmanischen Kaiserfamilie erwählen. Einige Pariser Blätter wollen aus den letzten Meldungen schließen, daß es sich zunächst um die Wahl des religiösen Oberhauptes und damit um eine Trennung der geistlichen und weltlichen Regierung handele. Das kann nur auf einem Mißverständnis beruhen. Der Wortlaut der Entschließung des Angora-Parlaments widerspricht dem. Es heißt darin, daß das neue Kalifat in der osmanischen Dynastie verbleiben werde, daß aber die Versammlung einen Prinzen wählen würde, dessen Eigenschaften und Begabung ihn dieser Wahl würdig erscheinen läßt.

In den Meldungen heißt es weiter, daß der 1. November von jetzt an als türkischer Nationalfeiertag ausersehen werde. Die Mitteilung von dem Regierungswechsel wurde in Angora mit 101 Kanonenschüssen begrüßt.

In Paris hat der kemalistische Vertreter der Türkei, Bryd Bei an den Ministerpräsidenten Poincaré ein Schreiben folgenden Wortlautes gerichtet: „Im Auftrage meiner Regierung habe ich die Ehre, zur Kenntnis der Regierung der französischen Republik zu bringen, daß übereinstimmend mit dem Gesetz vom 17. Juli 1920 die Regierung der Nationalversammlung der Türkei alle Verträge, Übereinkünfte und Abmachungen, die seit dem 16. März 1920 von der Verwaltung von Konstantinopel abgeschlossen wurden, ebenso wie alle anderen Akte der genannten Verwaltung für null und nichtig ansieht. Auf Grund desselben Gesetzes wird weiterhin festgestellt, daß die Ergebnisse der Verhandlungen zwischen der Konstantinopeler Verwaltung und den Finanzinstituten im Hinblick auf zu gewährende Vorschüsse in keiner Weise die Türkei verpflichten.“ In diesem Brief ist die Bezeichnung „Verwaltunng“ für die Sultan-Regierung gewählt, um darzutun, daß die Konstantinopeler Regierung schon seit zwei Jahren nicht mehr zu Recht besteht. Die Bemerkungen über die finanziellen Abmachungen werden dadurch besonders interessant, daß die hohen alliierten Kommissare erst vor zwei Tagen der Konstantinopeler Regierung durch die ottomanische Bank 500 000 türkische Pfund vorstrecken ließen. Vor allem aber läuft das Schreiben auf die Ungültigkeitserklärung des Vertrages von Sèvres hinaus.

Die Konferenz in Lausanne.

Frankreich, England und Italien haben beschlossen, die Antwort der Angora-Regierung auf die Einladung nach Lausanne dahin zu beantworten, daß sie übereinstimmend der Ansicht sind, es sei Sache der Türkei, die Zusammensetzung ihrer Delegation selbst ohne Einmischung der Großmächte zu bestimmen. In der Mitteilung der Mächte heißt es weiter, Frankreich, England und Italien schlössen aus der Antwort der Angora-Regierung, daß die Türken bereit sind, an der Konferenz in Lausanne teilzunehmen, und daß die Konferenz am 13. November eröffnet werden kann.

Das Freitaggebet des Sultans.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß der Sultan sich am 3. November mit gewohnter Feierlichkeit zum Freitaggebet begeben hat. Nachmittags fand im Yildiz-Palast unter Vorsitz des Sultans eine Beratung statt, an der die Minister des Innern, des Äußern, der Marine und der Scheich ül Islam teilnahmen. Die anderen Minister waren nicht zugezogen, weil sie Anhänger der Angora-Regierung sind. Die Minister drohten mit sofortigem Rücktritt für den Fall, daß sie nicht bis Sonnabend mittag von den gestrigen Beschlüssen unterrichtet werden.

Der Widerhall in der französischen Presse.

Die französische Presse äußert ernste Bedenken gegen die letzten Beschlüsse der Nationalversammlung von Angora. Die Absetzung des Sultans und der Konstantinopler Regierung werden allerdings von allen Blättern als einfache Regulierung längst bestehender Zustände bezeichnet, aber die Aufrollung der Kalifenfrage wird nach Ansicht der Pariser Zeitungen von den nichttürkischen Mohammedanern nicht anerkannt werden und schwere Erschütterungen herbeiführen. Die meisten Blätter protestieren auch gegen die Mitteilung der Angoraregierung, daß sie die seit dem 16. März 1920 unterzeichneten Verbindlichkeiten der Konstantinopler Regierung nicht anerkenne. Sie heben hervor, daß Frankreich die Verleugnung der Verbindlichkeiten des früheren russischen Regimes durch die Sowjets stets als unannehmbar bezeichnet hat, und geben der Erwartung Ausdruck, daß auch diese türkische Zumutung werde zurückgewiesen werden. Die Presse betrachtet die letzten Beschlüsse der Nationalversammlung als ein Symptom großer Unnachgiebigkeit der Türkei und prophezeit einen schwierigen Verlauf der Friedensverhandlungen.

Sowjetrußland.

Ein evangelisches Predigerseminar

wurde in Petersburg eröffnet. Die Unterrichtssprache ist deutsch. Das Seminar wird gegenwärtig von 12 Personen besucht, darunter sind 4 Deutsche und 3 Letten.

Die Sowjetregierung und der Rigaer Schwarzhäupterschatz.

Die lettländische Regierung hat der Sowjetregierung eine Note überreicht, worin die Rückerstattung des zu Beginn des Weltkrieges nach Moskau verschleppten überaus wertvollen Silberschatzes der Gesellschaft der Schwarzen Häupter kategorisch verlangt wird. Auf die früheren diesbezüglichen Forderungen der lettländischen Regierung hatte die Moskauer Regierung erklärt, der Silberschatz sei nationalisiert worden und abhanden gekommen; jetzt ist dagegen einwandfrei festgestellt worden, daß die Gegenstände nicht nationalisiert sind und im Moskauer Kreml-Palais aufbewahrt werden.

Militärische Verschwörungen.

In letzter Zeit wurden, wie aus Moskau berichtet wird, in Rußland eine ganze Reihe von Personen, besonders Schüler der Militärschulen, verhaftet. Im ganzen wurden 1200 Schüler festgenommen. Alle Verhafteten werden des Hochverrats beschuldigt und sollen von einem besonderen Kriegsgericht abgeurteilt werden. Außer den Schülern wurden auch mehrere Offiziere verhaftet, die beschuldigt werden, mit jenen gemeinsame Sache gemacht zu haben.

Deutsches Reich.

** **Der neue bayerische Ministerpräsident.** Der Landtag ist auf Mittwoch, den 8. November, nachmittags zu einer Vollsitzung einberufen, in welcher der Landtagspräsident Königsberger das Rücktrittsgesuch des bisherigen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld verlesen und der Landtag alsbald zur Wahl des Abgeordneten Dr. Knilling als Ministerpräsident schreiten werde. In einer Vollsitzung am Donnerstag vormittag wird der neugewählte Ministerpräsident dann dem Landtag sein Kabinett — die alten bisherigen Minister sind formell ebenfalls zurückgetreten — vorstellen, und im Anschluß daran seine Antrittsrede halten. Hierauf wird der Landtag vertagt und am 13. November in den Ausschüssen seine ständigen Sessionsarbeiten aufnehmen. Der künftige Ministerpräsident steht im Alter von 57 Jahren. Er befindet sich seit 1892 im bayerischen Staatsdienst und gehörte von 1902 bis 1918 dem Kultusministerium an, davon sieben Jahre als Kultusminister.

** **Das Urteil im Prozeß Hermes.** Im Prozeß Hermes gegen den früheren verantwortlichen Redakteur der inzwischen eingegangenen „Freiheit“ ist am Freitag gefällt worden. Der Gerichtshof hat entgegen dem Antrage der Generalstaatsanwaltschaft auf drei Monate Gefängnis nur eine Geldstrafe von 10 000 Mark verhängt.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 6. November.

Das Sejmwahlergebnis aus der Stadt Posen.

Bei den gestrigen Sejmwahlen in der Stadt Posen war das Ergebnis folgendes:

Liste 2	(Polnische Sozialdemokratie)	2875	Stimmen,
„ 5	(Kommunisten)	1728	„
„ 7	(Nationale Arbeiterpartei)	13 621	„
„ 8	(Verband der nationalen Einheit) .	61 952	„
„ 14	(Stadtbürgerpartei)............	1389	„
„ 16	(Block der nationalen Minderheiten)	39	„

Es entfallen mithin alle vier Abgeordnetenmandate auf die Liste 8. Gewählt sind: der Publizist Marjan Seyda, der Redakteur Adam Piotrowski, Abg. Zofja Sokolnicka und Rechtsanwalt Dr. Stefan Piechocki.

Der Wahlsonntag in Posen.

Der gestrige Sonntag stand bei naßkalter Witterung und teilweis unangenehmen Winden völlig unter den Sejmwahlen, die gleich um 9 Uhr früh mit lebhafter Beteiligung aus allen Volkskreisen einsetzten und bis 9 Uhr abends unter ebenso bedeutendem Ansturm der Wählermassen fortgesetzt wurden. Nur in der Mittagstunde flaute der Zustrom der Wähler ein klein wenig ab, um dann mit den frühen Nachmittagsstunden mit erneutem Nachdruck einzusetzen. Man kann sagen, daß in der Stadt Posen bisher noch keine einzige Wahl unter so lebhafter Beteiligung der Wählermassen vonstatten gegangen ist, wie die Sejmwahlen des gestrigen Sonntags. Gleichwohl muß ausdrücklich betont werden, daß die Wahlen sich überall ohne wesentliche Ruhestörungen vollzogen, höchstens daß die an den weiß-roten Binden erkenntlichen offiziellen Wahlhelfer hier und da einmal eingreifen und die mit der Verteilung der Wahlzettel Beauftragten an der Agitation für irgend eine Partei verhindern mußten. Die Wahlzettelverteiler durften nach der Wahlordnung nicht wie früher unmittelbar an den Wahllokalen selbst sich aufstellen, sondern mußten davon 100 Meter entfernt bleiben. Die strikte Durchführung dieser Bestimmung — natürlich wurden die 100 Meter nicht überall auf den Zentimeter genau innegehalten — hat sich zweifellos ausgezeichnet bewährt. Jedes Anreißertum der Zettelverteiler in den Gängen zu den Wahllokalen unterblieb, und infolgedessen herrschte auch dort nicht das beängstigende Gedränge, wie bei den früheren Wahlen. Die Wähler und Wählerinnen schoben sich ruhig vorwärts. In den Wahllokalen selbst zeigte sich, dank der getroffenen Maßnahmen, ebenfalls eine anerkennenswerte Ordnung, so daß sich auch der Wahlakt ohne jede Störung vollzog. Jedenfalls wurde die Geduld der einzelnen Wähler auf keine allzu harte Probe gestellt. Die Wahlvorstände hatten selbstredend bei diesem Massenandrange ununterbrochen zu tun. Besonders schwere Arbeit war von ihnen dann noch nach der Beendigung der Wahlen bei der Feststellung des Wahlergebnisses zu leisten. Dem Schreiber dieser Zeilen ist ein Fall bekannt, in der das Wahlergebnis erst nach Mitternacht festlag, und dieser Fall wird sich zweifellos leicht durch manche andere ähnliche vermehren lassen.

Die Wahlen gaben natürlich auch äußerlich dem gestrigen Sonntag ihr Gepräge. Überall sah man Plakate, Kraftwagen, Taxen mit der Aufforderung: Wählt die und die Liste, oder richtiger fast ausschließlich mit der Aufforderung: Wählt die Liste 8. Überall stieß man gestern auf diese Zahl mit den aneinandergefügten Nullen, ein Beweis dafür, daß diese Partei eine äußerst rührige Wahlagitation entfaltete, offenbar auch weil sie über einen unerschöpflichen Wahlfonds verfügte. Von einer Straßenwahlagitation für die übrigen Listen sah man bedauerlicherweise eigentlich herzlich wenig, für manche Stadtteile schienen die übrigen Listen einfach überhaupt nicht zu existieren. Zweifellos mußten sie infolge Mangels an Mitteln hinter der über große Reichtümer verfügenden Liste 8 zurückstehen. Diese Liste konnte denn auch schließlich mit einem glänzenden Siege vom gestrigen Kampfplatze abtreten, indem sie alle vier Sejmmandate der Stadt Posen für sich einheimste, während die übrigen Listen bedauerlicherweise sozusagen nicht auf die Beine kamen. **hb.**

Keine Verlegung der polnischen Staatsbahndirektion von Danzig nach Bromberg. Vor einiger Zeit hatten wir eine Meldung der „Gaz. Gdańska“ wiedergegeben, wonach die Absicht bestehe, die polnische Staatsbahndirektion von Danzig nach Bromberg zu verlegen. Nunmehr teilt das genannte Danziger Blatt mit, daß die „Frage der Verlegung der Staatsbahndirektion von Danzig nach Bromberg nicht mehr „aktuell“ sei. „Die Staatsbahndirektion verbleibt weiter in Danzig.“ — Über die „Hintergründe“ jener ersten Meldung schreibt die „Danz. Allg. Ztg.“: „Die hiesige Polenpresse hatte, wie wir kürzlich mitteilten, mit einer Verlegung der Danziger Eisenbahndirektion nach Bromberg gedroht, als Gegenmaßnahme gegen angebliche Unfreundlichkeiten von Danziger Seite. Sie hatte die wirtschaftlichen Folgen dieser Verlegung in den schwärzesten Farben ausgemalt und so die Danziger öffentliche Meinung aufzuputschen versucht. Nachdem ihr das aber völlig mißlungen ist, teilt die „Gazeta Gdańska“ mit, daß die Direktion weiter in Danzig verbleibt.“

Wanderspiele. Shakespeares Lustspiel „Was ihr wollt“ wird heute am Montag, dem 6. November, im Evangelischen Vereinshaus eine Inszenierung erfahren, die der Shakespeareschen Art nach modernsten Grundsätzen gerecht wird. Dem wirbelnden Wechselspiel der ernsten und heiteren Handlung wird ja zu einer harmonischen Einheit verholfen, und Ernst und Frohsinn, Anmut und Übermut werden ihre Wirkung auf den Zuschauer nicht verfehlen können. Karten sind bei Gumnior und an der Abendkasse zu haben.

Miljonówkaziehung. In der Sonnabendziehung gewann das Los Nr. 4 250 836.

X **Seinen schweren Verletzungen erlegen** ist der in der vergangenen Woche im Eisenbahnzuge bei Hopfengarten überfallene und beraubte Kaufmann Barczak im städtischen Krankenhause in Bromberg. Er konnte über das Verbrechen keine Bekundungen abgeben, da er bis zum Tode völlig vernehmungsunfähig war und blieb.

X **Eltern gesucht.** In der ul. Dąbrowskiego (fr. Gr. Berlinerstr.) wurde am Mittwoch, 1. d. Mts., ein verirrter Knabe von etwa fünf Jahren aufgegriffen und einstweilen bei einer Frau in der ul. Zórowia 8 (fr. Annenstr.) untergebracht. Der Knabe kennt nur seinen Vornamen Marjan, jedoch nicht seinen Familiennamen. Er war ohne Kopfbedeckung, hat blondes kurzgeschorenes Haar, war bekleidet mit einem dunkelgrauen Trikotjackett, schwarzen Höschen und ebensolchen Strümpfen, sowie braunen Schuhen.

X **Der Not der Zeit Rechnung getragen** haben Einbrecher, die vergangene Nacht in den Fleischerladen an der ul. Dąbrowskiego 64 (fr. Große Berliner Straße) eingedrungen sind und dort für 100 000 Mark Wurstwaren gestohlen haben.

X **Beschlagnahmte Diebesbeute.** Im Kommissariat des 9. Polizeireviers ul. Mateckiego 20 (fr. Prinzenstr.) befindet sich eine doppelte Leiter, die einer Person abgenommen wurde, die sie vermutlich gestohlen hatte. Der Eigentümer kann sich in dem genannten Revier melden.

X **Diebstahl.** Von dem Bauplatz in der ul. Sienkiewicza 10 (fr. Wettinerstr.) wurde eine Tischlerbank und Handwerkszeug im Werte von 200 000 M. gestohlen.

* **Schmiegel, 4. November.** In der Wirtschaft der Witwe B. Müller in Kotusch entstand ein Feuer, wobei zwei wertvolle Pferde und ein Fohlen erstickten. Nur dem Umstande, daß der Pferdestall massiv gebaut und gewölbt war, ist es zuzuschreiben, daß die benachbarten, meist mit Stroh gedeckten Gebäude von dem Feuer verschont blieben.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

M. H. 300. 1. Ja. 2. Am Wohnort der Braut und des Bräutigams, an dem sie in den letzten 6 Monaten gewesen sind.

M. B. in B. Ein derartiger Artikel ist von uns niemals veröffentlicht worden konnte auch garnicht veröffentlicht werden, da dessen von Ihnen angegebener Inhalt nicht zutreffen würde. Richtig ist nur, daß eine Bewegung unter den ehemaligen Hausbesitzern im Gange ist, die auf etwas Ähnliches abzielt.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	3. November	4. November
4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka)	150 + A	150—160 + N
Kwilecki, Potocki i Ska.	600 + A	600 + A
Bank Poznański	200 + N	—,—
Bank Przemysłowców	285 + N	290 + N
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	340 + A	340—315 + A
Polski Bank Handlowy, Poznań .	500 + A	505 + A
Pozn. Bank Ziemian I.—IV. Em.	270 + A	275 + A
Wielkopolski Bank Rolniczy ...	175 + N	200 + N
Arcona (exkl. Zukaufsrecht) ...	580 + N	——
R. Barcikowski	290 + N	290—300 + N
Browar Krotoszyński	4200 + A	4100 + A
Brzeski Auto I.—II. Em. (exkl. Kup.)	—,—	260 + A
H. Cegielski I.—VIII. Em. ...	1300—1325—1310 + N	1300—1310 + N
Centrala Rolników I.—V. Em. ..	220—235 + A	230—240 +
Centrala Skór (exkl. Kup.)	500—525 + N	530-580-575 + N
C. Hartwig	310 + N	320 + A
Hartwig Kantorowicz (ex. Zukaufsr.)	1150 + N	—,—
Homosan I.—II. Em.	350 +	330 + A
Hurtownia Drogeryjna	150 + N	160 + A
Hurtownia Zwiazkowa	—,—	150 +
Herzfeld-Viktorius	700 + N	750—900 +
Juno (exkl. Kup.)	500—525 + N	550 + N
Luban, Fbr. przetw. ziemn. (exkl. Kup.)	—,—	5700 + N
Dr. Roman May	1870 + A	1900 + N
Młyn Ziemiański	500 + N	525 + N
Orient	200 + A	200 + N
Płótno	400 + N	420 +
Papiernia, Bydgoszcz	400 + N	400 + N
Patria (exkl. Zukaufsrecht) ...	690 + N	500 + N
Pozn. Spółka Drzewna I.—V. Em.	620-630-625 + N	680—655 + N
Bracia Stabrowscy Zawałki ...	830 + N	800 + N
Spółka Stolarska (exkl. Zukaufsrecht)	900 + N	—,—
Sarmatia I.—II. Em.	530 + A	—,—
Słoma	—,—	320 + N
Tkanina	—,—	400 + A
Tri	290 + N	—,—
„Unja“ (früher Bentzki) I. u. II. Em.	900—950 + N	950 + N
Waggon Ostrowo	380—390 + N	380—400 +
Wisła, Bydgoszcz	—,—	2100—2200 + N
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em.	300—290 + A	300—290 + A

Auszahlung Berlin 270—265. Umsatz: 20 600 000 deutsche Mark. Schweizer Franken 2850.

A – Angebot, N – Nachfrage, + – Umsatz.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 6. November 1922.

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	48 500—50 500	Roggenmehl 70 %	43 000—44 000
Roggen	27 500—28 500	Weizenkleie ...	14 000
Braugerste ...	29 000—30 000	Roggenkleie ...	14 000
Hafer	25 000—26 000	Speisekartoffeln .	—,—
Weizenmehl 65 %	74 000—77 000	Fabrikkartoffeln .	2 400

Marktsituation im allgemeinen unverändert. — Stimmung: abwartend.

= **Danziger Börse vom 6. November. Mittagskurse:** Polnische Mark 39, Dollar 6300.

Spenden für die Altershilfe.

W. W.	1 000.— M.
Dom. Popowo kościelne	10 000.— „
Gesammelt von den Konfirmanden in der Pfarrgemeinde Hirschdorf	6 000.— „
Gesammelt von den Schülern der evangelischen Schule in Dominowo: E. Nottmeier 1000, L. Möller 1000, E. Schilling 1000, M. Rudolph 1000, E. Vogel 1000, M. Friedenberg 1000, Ella Schürmann 2000, W. Sültemeyer 1000, F. Block I 1000, H. Böger 1000, F. Möller 1000, W. Rüter 1000, O. Geiger 1000, W. Koch 1000, E. Tismer 1000, Fr. Block II 1000, R. Sültemeyer 1000, E. Thiel 1000, H. Schirmer 1000, P. Möller 500, Fr. Sültemeyer 100, Rud. Groß 500, W. Böger 700, A. Sillernagel 500, E. Dräger 100, K. Schirmer 500, K. Groß 500, P. Böger 500, Wally Glasser 500, Lotte Dräger 100, Herm. Böger 500, Hanns 1000, Anni Biermann 2000, E. Nottmeier 1000, M. Beermeier 1000, Ed. Tismer 1000, Rottbrandt 500, L. Rudolf 700, Schilling 1000 zusammen . .	33 200.— „
	50 200.— M.
Vortrag aus Nr. 250	997 251.— „
zusammen . . .	1 047 451.— M.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bezw. überweisen, dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden nimmt gern entgegen und erbittet

die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Verantwortlich: für den politischen und den allgemeinen Teil: J. V. Dr. Martin Meister; für Wissenschaft, Kunst und Handel: Dr. Martin Meister; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.